Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Glauchau, des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von J. Nuhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Anzeiger

für
Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callnberg, Grumbach, Tirschheim, Kuhschnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Nußdorf.

Nr. 271 — Sonnabend, 20. November 1920 — 70. Jahrg.

Betr. Einsendung der Schlußscheine für den Ankauf von Vieh.

Das nach den A. B. der Landesfleischstelle vom 6. 10. 1920 zu der Verordnung der Reichsregierung vom 19. 9. 1920 über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit (abgedruckt in Nr. 236 der Gr. Ztg. vom 9. 10. 1920) an das Landespreisamt einzusendende **eine Stück** der Schlußscheine ist künftighin **sofort nach Uebernahme des Viehes** an den Bezirksverband durch Vermittelung der Ortsbehörde zu senden.

Bezirksverband Glauchau, den 15. November 1920. — K. B. 851 Fl. —

Freiherr v. Welck, Amtshauptmann.

Auf Blatt 56 des hiesigen Handelsregisters für die Döfer, die Firma **Louis Bahner** in **Oberlungwitz** betreffend, ist heute eingetragen worden, daß dem Kaufmann Arno Moritz Richter in Oberlungwitz Prokura erteilt ist.

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal, den 20. November 1920.

Oeffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

Dienstag, den 23. November 1920, abends 8 Uhr
im Sitzungssaale des Rathauses.

Hohenstein-Ernstthal, am 20. November 1920. **R. Wolf,** Stadtverordneten-Vorsteher.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahmen. 2. Wahl eines Mitgliedes in den Erwerbslosenfürsorge-Ausschuß. 3. Bewilligung von Kosten für Oelung des Fußbodens und Anbringung einer Licht- und Motoranlage in der Web- und Wirkschule. 4. I. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Wahlen von Stadtverordneten. 5. III Nachtrag zur Kuchensteuerordnung. 6. Winterbeihilfe an Erwerbslose. 7. Bewilligung von Kosten für Legung von Wasser- und Gasleitung nach den Häusern der Genossenschaft „Eigenheim". 8. Ueberlassung von Bausteinen an die Genossenschaft „Eigenheim". 9. Ein Gesuch um Gewährung von Bankostenzuschuß. 10. Besoldung der Wohlfahrtspflegerin. 11. Nachprüfung einer Rechnung. 12. Gewährung eines Verpfleggeldes an eine Hilfskraft.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Verkauf des **Kochmehles** kann aus technischen Gründen erst von Montag ab erfolgen. Die den einzelnen Händlern zugeteilten Nummern werden Montag bekannt gegeben.

Hohenstein-Ernstthal, am 20. November 1920. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Ausgabe neuer Bezugskarten für Brotmarken

im Lebensmittelamt gegen Vorlegung der **Lebensmittelkarte** und der **alten Brotmarkenbezugskarte:**

Montag, den 22. Nov: 8—9: 1—168, 9—10: 251—325, 10—11: 326—425, 11 bis 1/2 1: 425—600, 3—4: 601—700, 4—1/2 6: 701—850.

Dienstag, den 23. Nov: 8—9: 850—950, 9—10: 951—1025, 10—11: 1026—1125, 11—1/2 1: 1126—1310, 3—4: 4001—4100, 4—1/2 6: 4101—4250.

Mittwoch, den 24 Nov.: 8—9: 4251—4350, 9—10: 4351—4425, 10—11: 4426 bis 4525, 11—1/2 1: 4526—4675

Donnerstag, den 25. Nov.: 8—9: 1401—1500, 9—10: 1501—1575, 10—11: 1576 bis 1675, 11—1/2 1: 1676—1825, 3—4: 1826—1925, 4—1/2 6: 1926—2075.

Freitag, den 26 Nov.: 8—9: 2075—2175, 9—10: 2176—2250, 10—11: 2251 bis 2450, 11—1/2 1: 4676—4825, 3—4: 4826—4986, 4—1/2 6: 2701—2800.

Sonnabend, den 27. Nov: 8—9: 2801—2900, 9—10: 2901—2975, 10—11: 2976 bis 3075, 11—1/2 1: 3076—3125.

Montag, den 29. Nov: 8—9: 3126—3225, 9—10: 3226—3300, 10—11: 3301 bis 3400, 11—1/2 1: 3401—3660, 3—4: 4987—5100, 4—1/2 6: 5101—5250.

Dienstag, den 30. Nov.: 8—9: 5251—5350, 9—10: 5351—5450, 10—11: 5451 bis 5525, 11—1/2 1: 5526—5700, 3—4: 5701—5800, 4—1/2 6: 5801—7230.

Im Interesse einer glatten Durchführung der Ausgabe sind die festgesetzten Zeiten streng einzuhalten. **Personen, die außerhalb der für sie bestimmten Zeiten erscheinen, müssen zurückgewiesen werden.** Die Ausgabe der neuen Bezugskarten kann nur an Erwachsene erfolgen. Die Karten sind **sorgfältigst aufzubewahren,** da **abhanden gekommene Brotmarkenbezugskarten** nicht ersetzt werden können.

Hohenstein-Ernstthal, den 20. Nov 1920. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Von Montag, den 22. November ab wird bei allen hiesigen Gesuchten Abschnitt 2 und 3 der Kochmehlmarke mit je 1/2 Pfund **Kochmehl** beliefert. 1 Pfund kostet 5 40 Mk. Der letzte Verkaufstag ist Donnerstag, den 25. November 1920. Die eingenommenen Markenabschnitte sind von den Händlern Sonnabend, den 27. November vormittags im Rathaus — Zimmer Nr. 2 — abzuliefern.

Bei hiesiger Gemeinde ist ein Posten **Malzextrakt** eingegangen. Dieser wird in hiesiger Apotheke an Jedermann — Dose für 5,50 Mk. — abgegeben.

Oberlungwitz, am 20. November 1920. **Der Gemeindevorstand.**

An hiesiger Kirchgemeinde ist die Stelle zunächst als **Küster, Glöckner, Bälgetreter** und **Friedhofswegewärter** sofort zu besetzen.

Bewerbungen sind bis zum **25. November** bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Gersdorf, den 18. November 1920. **Ev.-luth. Pfarramt.** Pfarrer Raecke.

Die Tumulte in Tschechien.

Ein klares Bild über die Vorgänge in Prag und über die Ursachen der Deutschenhetze läßt sich nach den bisherigen Darstellungen noch nicht gewinnen. Neuerdings wird es so hingestellt, als ob mit der Deutschenhetze ein Putschversuch des Herrn Masaryk verbunden sei, von dem gesagt wird, daß er in der allgemeinen Unordnung und Aufregung, die in Prag um sich gegriffen hat, politische Geschäfte zu machen gedenke.

Aber mag dem sein, wie ihm wolle: die Tatsache bleibt bestehen, daß, gleich welcher Art die Zusammenhänge sein mögen, die Tschechen eine neue Deutschenhetze der übelsten Art inszeniert haben und anscheinend darauf bedacht sind, das Deutschtum in Böhmen mit Gewalt auszurotten. Die Denkmalszerstörungen in Teplitz und Eger, die im Verlaufe der vorigen Woche begannen, sind planmäßig von den Tschechen vorbereitet worden. Die Legionäre (k. k. Landesverräter), welche die eigentliche Macht heute im tschechischen Staate besitzen, mögen vielleicht von der tschecho-slowakischen Regierung nicht direkt zu ihrem Vorgehen aufgemuntert worden sein, aber die Prager Regierung hat durch ihre lässige Haltung in bezug auf den Schutz des Deutschtums die chauvinistischen Elemente des tschechischen Militarismus zu dem gewaltsamen Vorgehen gegen das Deutschtum aufgemuntert. Der tschechische Ministerpräsident hat noch vor wenigen Tagen erklärt, daß eine Ministerialverordnung, welche die Verhüllung von Josefsdenkmälern verfügen würde, nicht bestehe, und die tschechischen chauvinistischen Elemente sind daraufhin zu den Gewalttaten und zur Herausforderung der Deutschen geschritten, indem sie mit der Entfernung des Kaiser-Josef-Denkmals in Teplitz begannen. An den Teplitzer Vorgang hat sich die Denkmalsentfernung in Eger und haben sich Zwischenfälle in Pilsen und die Deutschenhetze in Prag angeschlossen. Das ganze Unternehmen ist also auf breite Basis gestellt worden. Es kam den Tschechen wohl außer auf die Entfernung der Josef-Denkmäler darauf an, eine regelrechte Deutschenhetze zu inszenieren, bei der die in den Augen der tschechischen Militaristen gegenüber dem Deutschtum noch zu schwächliche Regierung ersetzt würde durch eine strammnationale, militaristische, welche mit der Austreibung und Niederdrückung des Deutschtums in aller Form beginne. Der deutsche parlamentarische Verband war nach den Denkmalschändungen in Teplitz und Eger in Kampfstellung gegen die Regierung eingetreten und hatte sich an den Parlamentsdebatten nicht mehr beteiligt. Durch die Vorgänge in Prag hat sich die Lage wesentlich verschärft.

Wir unsererseits, vom reichsdeutschen Standpunkt aus, möchten zu diesen Vorgängen doch mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen, daß die Deutschenhetze in Böhmen unsere deutschen Interessen insofern sehr wesentlich berührt, als wir in Deutschland volle Sympathie für unsere deutschen Landsleute besitzen. Ein Staat, welcher nicht das einfachste Gebot des Anstandes gegenüber seiner deutschen Minderheit zu erfüllen vermag, macht eine erträgliche Nachbarschaft unmöglich und verliert jede Lebensberechtigung. Die Herrschaften in Prag, welche mit dem Polizeiknüppel das Deutschtum ausrotten möchten, sollten doch bedenken, daß der tschecho-slowakische Staat auf gute wirtschaftliche Verbindungen mit Deutschland angewiesen ist, und daß die deutsche Bevölkerung nicht mit einem Staate in Verbindung stehen kann, welcher sich außerhalb jeder Rechtsordnung und der Kulturnationen stellt. Was sich jetzt in Tschechien zugetragen hat, ist ein Skandal, wie er ärger sich kaum noch zu ereignen vermag. Die Tschechen richten sich durch ihr brutales Vorgehen gegen die Deutschen in den Augen jedes gesitteten Menschen.

Eisenbahnerausstand in Tirol.

In Tirol bestehen, wie in Bayern die Einwohnerwehren, Heimatwehren, die einem gewissen Teil der Bevölkerung, die in diesen Wehren die „Horde der Reaktion" zu sehen vermeint, ein Dorn im Auge sind. Diese Tiroler Heimatwehren wollen nun vom heutigen Sonnabend an in Innsbruck ein Landesschießen veranstalten. Die Sozialisten erschienen alsbald auf dem Plan und stellten im Tiroler Landtag den Antrag, das Landesschießen zu verbieten, und die Abgesandten der bayrischen Einwohnerwehr auszuweisen. Der Landtag aber, der eine bürgerliche Mehrheit zählt, hat diesen Antrag verworfen. Die Sozialisten veröffentlichten darauf durch Anschläge die Warnung, Reisen zu unternehmen, und forderten zum Generalstreik auf, um den Zuzug auswärtiger Schützen zu verhindern. Die Sozialisten gaben den Eisenbahner-Organisationen den Auftrag, den Personenverkehr auf den Vollbahnen Freitag mitternacht einzustellen. Die nichtsozialistischen Eisenbahner erklärten, den Dienst aufrecht zu erhalten, die Sozialisten mobilisierten jedoch ihre Arbeiterwehren, die alle Zugänge Innsbrucks und zum Berg Isel besetzten, um den Eintritt der Schützen zu verhindern. Die italienische Mission fragte bei der Landesregierung an, ob militärische Hilfe nötig sei. Man darf gespannt sein, wie die Dinge sich infolge der Gewaltmaßnahmen der Sozialisten sich ausgestalten werden.

Vergiftung englischer Soldaten in Irland.

Im englischen Unterhaus wurden Mitteilungen über Vergiftungsversuche an britischen Soldaten gemacht und riefen großes Aufsehen hervor. Greenwood verlas eine bei einer Razzia in Irland erbeutete Mitteilung des Oberstkommandierenden der irischen republikanischen Armee an seinen Chef des Stabes. In dem Dokument wird die Möglichkeit erörtert, die den britischen Truppen zu liefernde Milch mit Typhus und die Kavalleriepferde mit Rotz zu infizieren. Die Nationalisten erklärten das Dokument für gefälscht. Greenwood wies jedoch diese Behauptung nachdrücklich zurück

Griechenland.

Die Agentur Stefani" meldet aus Athen: Das Gesamtergebnis der Wahlen liegt jetzt vor. Es ist noch günstiger für die Anhänger des Königstums als bisher angenommen wurde. Im ganzen sind 255 royalistische Delegierte gewählt, 108 Venizelisten und 10 Wilde.

Die Berliner griechische Gesandtschaft hat am Donnerstag die ersten Nachrichten seit Dienstag aus Athen erhalten. Sie bestätigt den Rückgang der Mandate der Venizelisten in der Kammer auf ein Viertel ihres bisherigen Bestandes, den Aufstand der Athener Garnison und die Einschiffung der bisherigen Minister auf dem vor Piräus liegenden französischen Kreuzer.

Der „Secolo" meldet aus Athen: Unbeschreiblich ist die Erregung in Erwartung der Ankunft König Konstantins. Seine Ankunft wurde fälschlich für Mittwoch angesagt, aber Tausende von Menschen harrten stundenlang vergeblich auf die Ankunft des italienischen Postdampfers. Vor dem königlichen Palais finden Tag und Nacht Umzüge und Huldigungen für den König statt.

Der „Corriere della Sera" meldet: Eine Entscheidung der Alliierten gegen König Konstantin kann zur Revolution und Bürgerkrieg in Griechenland führen.

Sächsische politische Mitteilungen.

Keine Koalition von Blüher bis Sindermann.

Wie wir schon meldeten, machte sich in den letzten Tagen im Dresdner Flügel der Sozialdemokraten eine Neigung zu einer Regierungskoalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten geltend. Nachdem aber die sozialdemokratischen Organe von Chemnitz und Zwickau, die „Volksstimme" und das „Volksblatt", den Gedanken einer Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Regierung, in der auch die Deutsche Volkspartei sitzt, auf das entschiedenste bekämpft und betont haben, daß Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei für alle Fälle unvereinbar bleiben, lenkt nun auch wieder die „Dresdner Volkszeitung" nach der anderen Richtung ein, indem sie u. a. schreibt:

„Im übrigen glauben wir, daß von der Arbeiterschaft ein Zusammengehen unserer Partei mit der Deutschen Volkspartei allgemein abgelehnt werden würde und daß deshalb eine derartige Kombination nicht in Betracht kommt."

Somit ist uns also zunächst die einzige Aussicht auf eine von einer parlamentarischen Mehrheit getragene neue Regierung vollkommen vernichtet worden. Das ist das einzige Sichere, was die Dinge bis jetzt ergeben haben. Was sonst über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung jetzt in die Welt gesetzt wird, entbehrt jeder greifbaren Grundlage, weil, wie wir schon meldeten, erst Anfang nächster Woche die einzelnen Fraktionen des Landtages zusammentreten werden und frühestens gegen Ausgang der nächsten Woche ein Verhandeln der beteiligten Fraktionen untereinander in Frage kommen kann.

*

Der „Dresdner Anzeiger", das amtliche Organ des Oberbürgermeisteramtes, schreibt: Der Weg der Verständigung muß im Interesse Sachsens beschritten werden, sonst blüht der Weizen Sinowjews, der in Deutschland die Aera des Bürgerkrieges eröffnen wollte. Bei einer neuen Wahl werden sicherlich die russischen Minen ausgelegt werden. Deshalb solle die S. P. D., die in Sachsen kluge und verständige Köpfe zu ihren Führern zählt, jetzt den Ernst der Stunde erkennen und die Hand zur Verständigung mit dem gemäßigten Bürgertum bieten. Wir unsererseits wollen dafür eintreten, daß eine solche Verständigung zwischen den drei Parteien der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Sozialistischen Partei Deutschlands gefunden wird. Wir glauben, daß diese Politik im Interesse des Vaterlandes liegt.

Demokratischer Mandatswechsel?

Diese Frage wirft eine Korrespondenz auf, die demokratischen Kreisen nahe steht, und beantwortet sie wie folgt: „In weiten demokratischen Parteikreisen Sachsens ist man äußerst betroffen darüber, daß der langjährige verdiente Führer der Partei, der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Günther-Plauen nicht wiedergewählt worden ist. Von Anfang an wurde es aufs schärfste verurteilt, daß man ihn an eine so unsichere Stelle auf die Bewerberliste gestellt hat. Seine Verdienste für die fortschrittlich-demokratische Sache überragen diejenigen der ihm vorgezogenen Bewerber bei weitem, und so wünscht man denn, daß entweder der Kultusminister oder Dr. Demmering auf ihr Mandat zugunsten Günthers verzichten. Bleibt Dr. Seyfert Minister, so kann er ohnedies stets in der Kammer reden. Muß er abtreten, so dürfte ihm nach so vielen Fehl-